

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen

1. Gesetzentwurf der Staatsregierung

Drs. 15/8859

zur Änderung des Bayerischen Abgrabungsgesetzes und anderer Rechtsvorschriften

2. Änderungsantrag der Abgeordneten

Franz Josef Pschierer, Peter Welnhofner u.a. CSU

Drs. 15/8992

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Abgrabungsgesetzes und anderer Rechtsvorschriften (Drs. 15/8859)

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Dem § 6 wird folgende neue Nr. 5 angefügt:

„5. Art. 51 Abs. 5 Satz 1 erhält folgende Fassung:

„Zur Verhütung von Gefahren für Leben, Gesundheit, Eigentum oder Besitz können die Gemeinden die in Abs. 4 genannten Personen durch Rechtsverordnung verpflichten, die Gehwege sowie die gemeinsamen Geh- und Radwege der an ihr Grundstück angrenzenden oder ihr Grundstück erschließenden öffentlichen Straßen oder, wenn kein Gehweg oder gemeinsamer Geh- und Radweg besteht, diese öffentlichen Straßen in der für den Fußgängerverkehr erforderlichen Breite bei Schnee oder Glatteis auf eigene Kosten während der üblichen Verkehrszeiten in sicherem Zustand zu erhalten.“

2. Es wird folgender neuer § 13 eingefügt:

„§ 13

Ermächtigung zur Neubekanntmachung

Das Staatsministerium des Innern wird ermächtigt, das Gesetz über das öffentliche Versorgungswesen mit neuer Artikelfolge neu bekannt zu machen und Unstimmigkeiten des Wortlauts zu beseitigen.“

3. Der bisherige § 13 wird § 14.

Berichtersteller:

Jakob Schwimmer

Mitberichtersteller:

Franz Schindler

II. Bericht:

1. Der Gesetzentwurf und der Änderungsantrag Drs. 15/8992 wurden dem Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen federführend zugewiesen.

Der Ausschuss hat den Gesetzentwurf und den Änderungsantrag Drs. 15/8992 federführend beraten und endberaten.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie, der Ausschuss für Hochschule, Forschung und Kultur und der Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit haben den Gesetzentwurf und den Änderungsantrag Drs. 15/8992 mitberaten.

2. Der federführende Ausschuss hat den Gesetzentwurf und den Änderungsantrag Drs. 15/8992 in seiner 75. Sitzung am 11. Oktober 2007 beraten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfs hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung

SPD: Zustimmung

B90 GRÜ: Enthaltung

mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 15/8992 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung

SPD: Zustimmung

B90 GRÜ: Enthaltung

Zustimmung empfohlen.

Durch die Aufnahme des Antragsbegehrens in I. hat der Änderungsantrag seine Erledigung gefunden.

3. Der Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie hat den Gesetzentwurf und den Änderungsantrag Drs. 15/8992 in seiner 85. Sitzung am 08. November 2007 mitberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfs hat der Ausschuss

mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung

SPD: Zustimmung

B90 GRÜ: Enthaltung

der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 15/8992 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung

SPD: Zustimmung

B90 GRÜ: Enthaltung

Zustimmung empfohlen.

Durch die Aufnahme in I. hat der Änderungsantrag seine Erledigung gefunden.

4. Der Ausschuss für Hochschule, Forschung und Kultur hat den Gesetzentwurf und den Änderungsantrag Drs. 15/8992 in seiner 86. Sitzung am 14. November 2007 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung

SPD: Zustimmung

B90 GRÜ: Enthaltung

der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt mit der Maßgabe, dass in § 9 die Nr. 1 folgende Fassung erhält:

„1. Art. 6 Abs. 3 Satz 2 erhält folgende Fassung:
„² In diesen Fällen gilt Abs. 2 entsprechend.““

5. Der Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit hat den Gesetzentwurf und den Änderungsantrag Drs. 15/8992 in seiner 88. Sitzung am 14. November 2007 mitberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfs hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung

SPD: Zustimmung

B90 GRÜ: Enthaltung

der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 15/8992 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung

SPD: Zustimmung

B90 GRÜ: Enthaltung

Zustimmung empfohlen.

Durch die Aufnahme in I. hat der Änderungsantrag seine Erledigung gefunden.

6. Der federführende Ausschuss hat den Gesetzentwurf und den Änderungsantrag 15/8992 in seiner 77. Sitzung am 29. November 2007 endberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung

SPD: Zustimmung

B90 GRÜ: Enthaltung

seine ursprüngliche Beschlussempfehlung aufrechterhalten.

Hinsichtlich des Änderungsantrags 15/8992 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung

SPD: Zustimmung

B90 GRÜ: Enthaltung

Zustimmung empfohlen.

Durch die Aufnahme in I. hat der Änderungsantrag seine Erledigung gefunden.

Franz Schindler

Vorsitzender